

UN-Klimagipfel: Stabilisierung der Trendwende?

Von Christoph Bals, Sönke Kreft, Lutz Weischer

Nachdem die erste Dekade des Jahrhunderts mit massivem Anstieg der Treibhausgasemissionen ein verlorenes Jahrzehnt für den Klimaschutz war, gibt es in jüngster Zeit erstmals gewisse Anzeichen für eine Trendwende:

- Seit 2012 flacht der Anstieg der globalen Emissionen ab. Im Jahr 2014 stagnierten diese nach den vorläufigen Zahlen der IEA erstmals, obwohl es keine globale Wirtschaftskrise gab, die eine solche Entwicklung ansonsten erklären könnte.
- Es mehren sich die Anzeichen, dass erneuerbare Energien (Wind und Sonne) in vielen Teilen der Welt im direkten Vergleich
- mit Kohlestrom wettbewerbsfähig werden. Entsprechend steigen die Investitionen in erneuerbare Energien weltweit stark an. Der Handlungsspielraum in der Klimapolitik wächst.
- In China, das in den letzten 15 Jahren den Emissionstrend der Welt maßgeblich beeinflusst hat, wurde letztes Jahr erstmals seit Jahrzehnten weniger Kohle als im Vorjahr verbrannt.
- Auch in Indien bremsen Unsicherheit bei Investoren und Bürgerproteste das Wachstum der Kohleverstromung stark ab. Zwischen 2012 und 2014 sind "nur"

noch 10 GW Kohlekraft in Bau gegangen. Ursprünglich waren Kohlekraftwerke mit insgesamt bis zu 513 GW in der Planung und Vorplanung.

Doch all das sind Anzeichen, kein stabiler Trend mit ausreichender Geschwindigkeit in Richtung der notwendigen Transformation. Das Pariser Abkommen sollte daher ein klares Signal für Investoren und Regierungen weltweit setzen: Die Zeit der fossilen Brennstoffe endet bis Mitte des Jahrhunderts. Es ist der gemeinsame Wille der Regierungen, den Übergang zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu

---- weiter auf Seite 3



Schwerpunkt Klimapolitik

Klimagipfel in Paris Zur Rolle der NRO Zur Bedeutung der Weltklimakonferenzen



Entwicklungsf

Entwicklungsfinanzierung Die Türkei zwischen den Wahlen

Die Türkei zwischen den Wahl

----> Seite 5
----> Seite 10



NRW

Faire Beschaffung Eine-Welt-Filmpreis ----> Seite 12

---> Seite 14

Prüfstein Paris

organisieren. Auch mit Vereinbarungen zum kooperativen Handeln (etwa der finanziellen und technischen Kooperation) kann die Transformation durch Paris beschleunigt und abgesichert werden.

Die zentralen Konflikte

Das Klimapaket in Paris soll Ergebnisse auf fünf Ebenen bringen:

Erstens soll das Langfristziel, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen, in ein Investitionssignal heruntergebrochen werden: Es geht darum, zügig aus Kohle, Öl und Gas auszusteigen. Es ist der Verdienst des G7-Gipfels von Elmau, dies weltweit auf die Agenda gesetzt zu haben.

Zweitens sollen im Anhang zum Abkommen für alle Staaten die Minimal-Klimaschutzziele (Intended Nationally Determined Contributions) bis 2025 und 2030 festgehalten werden.

Drittens soll der rechtlich verbindliche Teil des Abkommens die Vergleichbarkeit und Rechenschaftspflicht der Staaten sichern sowie im 5-Jahresrhythmus Nachbesserungsrunden für die Ziele vorsehen. Dies soll die Lücke zwischen den vorgelegten Zielen und dem Langfristziel schrittweise schließen.

Viertens wird es eine Reihe von Einzelentscheidungen geben. Diese beziehen sich einerseits auf die Zeit, bevor das Abkommen 2020 in Kraft tritt – zum Beispiel, wie die Industrieländer den Aufwuchs der Klimafinanzierung organisieren wollen. Andererseits geht es um Ausführungsbestimmungen und institutionelle Klärungen für das Abkommen.

Fünftens soll es, um zusätzlich Schwung zu erzeugen, eine Aktionsagenda für Staaten, aber auch Bundesstaaten, Städte, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure geben.

Die meisten großen Emittenten haben bereits die von ihnen intendierten Klimaziele vorgestellt, andere werden dies im Herbst tun. Dabei zeichnet sich ab, dass die Welt nach Paris von einem Pfad, der zu einem globalen Temperaturanstieg von 4 Grad führt, auf einen 3-Grad-Pfad umgeschwenkt sein könnte (siehe die Bewertung des climateactiontracker.org). Zwischen den Risiken einer 3-Grad- und einer 4-Grad-Zukunft liegen Welten. Immerhin. Aber damit ist auch klar, dass noch eine dramati-



KNAPP DANEBEN'IST ANCH DANEBEN

sche Lücke klaffen wird zum Ziel, unkalkulierbare Großrisiken abzuwenden durch Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2, wenn nicht gar 1,5 Grad. Obwohl sich in China und den USA positive Trendwenden abzeichnen, reichen diese bislang ebenso wenig wie die von der EU vorgelegten Ziele aus, um dieses Langfristziel zu erreichen. Man wird sehen, ob im Herbst noch ein Ruck durch die wichtigsten Emittentenstaaten gehen wird, um die Ziele nachzubessern.

Großer Nachholbedarf

Wie kann Paris, trotz des verlorenen Jahrzehnts bis 2010, die Weichen in Richtung 2-Grad-Ziel stellen? Von zentraler Bedeutung sind dabei die folgenden Aspekte:

Paris kann das wissenschaftlich wichtige, aber ökonomisch bedeutungslose 2-Grad-Limit in ein Investitionssignal umwandeln. Ab jetzt geht es um den Ausstieg aus Kohle, Teersand, Öl und Gas. Erneuerbare Energien sollen Mitte des Jahrhunderts die Energieerzeugung dominieren. Die massive Kostenreduktion bei erneuerbaren Energien gibt hier neuen Handlungsspielraum.

Die vereinbarten Minimalziele von Paris werden alle fünf Jahre nachgebessert. Wichtig sind die Regeln dafür: regelmäßige Nachbesserungsrunden, bei denen Ziele verschärft, aber nicht abgeschwächt werden können.

Es werden, rechtlich verbindlich, verbesserte Transparenz- und Rechenschaftspflichten in Bezug auf Klimaschutz- und Klimafinanzierungsbemühungen sichergestellt. Hier handelt es sich nicht um eine technische Feinheit.

Transparenz- und Rechenschaftspflichten sind ebenso die Grundlage für Vertrauensaufbau wie dafür, Monitoring und Nachbesserungsrunden zu organisieren. Dies gilt auch in Bezug auf die Finanzierung, die die armen Länder bei Klimaschutz und -anpassung unterstützen soll. Um in eine Aufwärtsspirale "Ambition treibt Finanzierung, Finanzierung treibt Ambition" zu kommen, ist Transparenz bei Geber- und Nehmerstaaten die Grundlage.

Es muss klar werden, dass auf Staaten mit viel Wohlstand und Emissionen deutlich größere Unterstützungsleistungen für die betroffenen Staaten und Regionen zukommen, wenn die globale Temperatur um mehr als 1,5 Grad bzw. 2 Grad steigen wird. Bei einer Reihe der dann zu erwartenden Großrisiken gerät Anpassungspolitik an ihre Grenzen. Unbewohnbar werdende, heute dicht besiedelte Küstenregionen ebenso wie massive Ernteausfälle gehören zu den möglichen Folgen. Nach der Klimarahmenkonvention sind Staaten mit großen finanziellen Ressourcen bzw. hohen Emissionen besonders gefragt. Es ist zu erwarten, dass der Verhandlungsprozess um "Schäden und Verluste" den notwendigen Druck aufbauen wird, auch wenn die Industrie- und einige Schwellenländer massiv bremsen werden. Es wird auch um konkrete Initiativen gehen, die jetzt schon helfen können. Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung, denn es hat im Rahmen der G7 eine Klimaversicherungsinitiative initiiert, die zum Beispiel soziale Sicherheitsnetze in Afrika stützen soll. Bei guter Umsetzung kann eine solche Initiative in Paris ein wichtiger Beitrag sein.

---- weiter auf Seite 4



Demonstration gegen den Braunkohletagebau Garzweiler am 15. August 2015. Polizisten haben Braunkohlegegner eingekesselt.

Ein wirkungsvolles Abkommen und die Bereitschaft zum Nachbessern setzen einerseits voraus, dass die Einzelstaaten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Fähigkeiten das ihnen Mögliche tun, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Andererseits müssen sich die Staaten fair (bzw. im gleichen Maße unfair) behandelt fühlen. Die Klimarahmenkonvention spricht von einer "gemeinsamen, aber differenzierten" Verantwortung. Bislang wurde dabei zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterschieden. Angesichts der veränderten Weltverhältnisse passt diese grobe Schablone nicht mehr, sie war einer der Gründe für das Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen (2009). Der pragmatische Weg einer reinen Selbstdifferenzierung, der derzeit am wahrscheinlichsten ist, birgt die Gefahr von Trittbrettfahrern. Zumindest für die etwa fünfzig Staaten mit mehr als einem Prozent der globalen Emissionen sollte es ausreichend Druck oder Spielregeln geben, die eine angemessene, quantifizierbare Beteiligung sicherstellen.

Positionen der wichtigsten Akteure

Ein Kollaps der Verhandlungen wie in Kopenhagen ist für Paris unwahrscheinlich. Trotzdem ist keineswegs sicher, dass ein wirkungsvolles Abkommen und die notwendigen Entscheidungen erreicht werden. Trotz positiver Bewegung in der Klimapolitik haben alle großen Emittenten auch dicke Probleme. Die USA haben mit einer Verdoppelung des Reduktionstempos zwar ein relativ ambitioniertes Klimaschutzziel vorgelegt, aber die republikanische Opposition

hängt wie ein Klotz am Bein. China betreibt zwar eine faszinierende Politik zur Eindämmung der Kohle und für Investitionen in erneuerbare Energien. Wie andere Schwellenländer auch will das Land aber international weniger zusagen, als sich national abzeichnet. Man will sich von den Industrieländern nicht Reduktionen vorschreiben lassen, die möglicherweise die Entwicklung behindern. Chinas Verhandlungsposition und die anderer wichtiger Schwellen- und Ölländer in einer eigenen Verhandlungsgruppe ist weit weniger konstruktiv als ihre Klimapolitik zuhause.

Die EU hat ihre Führungsrolle – was Dynamik für den Klimaschutz angeht – abgegeben. Ihr Ziel, die Emissionen in der EU um 40 Prozent bis 2030 zu reduzieren, ist nicht genug für einen 2-Grad -Pfad. Und wegen interner Blockaden insbesondere durch Polen ist sie derzeit auch nicht in der Lage, die notwendigen Zyklen von fünf Jahren für die Nachbesserung der Klimaziele zu unterstützen.

Eine Schlüsselfrage für Paris ist, ob es bei

den Verhandlungen zu einer Allianz progressiver Entwicklungs- und Industrieländer kommt. Angesichts ihrer eigenen schwachen Ziele wird es der EU schwer fallen, hier die notwendige Rolle zu spielen. Deutschland ist deshalb besonders gefragt. Die Staaten, die ein schwaches Abkommen wollen, werden hingegen alles tun, um die Verhandlungen zu verzögern. Mehr Verzögerung heißt: Weniger Inhalt schafft es in das Abkommen.

Messlatte für den Erfolg

Den Erfolg von Paris wird man in zwei Stufen bewerten müssen. Zunächst Mitte Dezember nach der Konferenz: Wurden die wesentlichen Verhandlungsziele erreicht? Und dann ein, zwei Jahre später: Konnten die Anzeichen für eine Trendwende zu einem wirklichen Trend stabilisiert und im ausreichenden Maße beschleunigt werden? Ohne den notwendigen Druck und intelligente Vorschläge aus der Zivilgesellschaft wird dies nicht gelingen.



Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer von Germanwatch und Mitglied in mehreren Steuerungs- und Beratungsgremien, u. a. im Sprecherrat der Klima-Allianz Deutschland. Sönke Kreft und Lutz Weischer leiten bei Germanwatch das Team Internationale Klimapolitik. Germanwatch engagiert sich seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und legt den Fokus auf die weltweiten Auswirkungen von Politik und Wirtschaft des Nordens.

Klimapolitik

Konsens ist Nonsens

Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei der Klimapolitik

Von Jürgen Maier

Diesmal soll es klappen. Endlich. Wie oft schon haben wir vergeblich gehofft. Die Pariser Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember, mittlerweile die 21. derartige Veranstaltung, soll den Durchbruch bringen zum großen Welt-Klimavertrag. Nicht wieder ein Fiasko wie 2009 in Kopenhagen. Wieder einmal werden sich Zigtausende Diplomaten, Nichtregierungsund Industrielobbyisten sowie Pressevertreter in Bewegung setzen und zwei Wochen lang palavern. Natürlich wird man auch diesmal nicht pünktlich am 11. Dezember aufhören, sondern mindestens bis in die frühen Morgenstunden des 12. Dezember verhandeln, mit maximaler Dramatik, – und auch diesmal werden normale Menschen große Probleme haben, zu verstehen, was eigentlich hinter den angeblich so gewaltigen Differenzen steckt.

Machen wir uns nichts vor: die Ergebnisse der "COP21" genannten Konferenz stehen im Wesentlichen schon lange fest. Die Hauptakteure USA, China, Europa und Japan haben ihre Klimaziele bereits 2014 beschlossen. Sie werden darüber nicht hinausgehen und auch kaum dahinter zurückfallen. Diese Ziele werden in einen UN-Vertrag kodifiziert werden, dessen Bedeutung begrenzt sein wird, allein schon weil der US-Senat ihn auch diesmal nicht ratifizieren wird und daher völlig offen ist, wie sehr sich Obamas Nachfolger(in) daran gebunden fühlen wird. Dieser Vertrag wird also nur Ziele kodifizieren, die nach übereinstimmender Auffassung von NROs und Wissenschaftlern nicht ausreichen, das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Erst recht kein Grund, diesen Vertrag zu feiern.

Dafür müsste man nicht unzählige Delegierte aus aller Welt nach Paris schicken, die mit ihrer Anreise das Klima belasten. Warum mittlerweile schon europaweite Pilgermärsche zu dieser Veranstaltung organisiert werden, ist mir schleierhaft. Aber derart unpolitische Aktionen sind symptomatisch für den Zustand weiter Teile der "kritischen Zivilgesellschaft", wenn es um Klima geht.

Lubring Manager Birth Color File Residence of the Color Fi

Kohle-Protestaktion im April 2009 am Rande der EnBW-Hauptversammlung in Karlsruhe:
Diese Bürgerinitiativen aus Lubmin und Dörpen waren erfolgreich und haben die geplanten
Mega-Steinkohlekraftwerke an ihren Heimatorten verhindert.

Der Erfolg bleibt aus

Klimapolitik gehört nicht gerade zu den Themenfeldern, auf denen Nichtregierungsorganisationen in den letzten Jahren öfter mal Erfolge feiern konnten. Man kämpft verzweifelt nur noch gegen Rollbacks, man versucht zu verhindern, dass es wieder rückwärts geht. Klimaschutz ist kein massenwirksames Thema mehr, und man findet einfach kein Rezept, wie man das ändern könnte. Man diskutiert aber auch nicht darüber, ob man sich dafür vielleicht selbst strategisch neu aufstellen müsste.

Es lohnt sich hier, einmal den Vergleich mit anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu suchen, etwa mit der Anti-Atom-Bewegung, oder auch thematisch nicht ganz so verwandten Bewegungen wie der gegen Gentechnik oder für eine andere Landwirtschaftspolitik. Sie sind erfolgreicher, haben weitaus mehr erreicht, obwohl sie gegen massive Gegeninteressen angetreten sind. Atomausstieg und Ablehnung der Gentechnik sind heute Konsens, ein hart erkämpfter und genau deswegen ziemlich verlässlicher Konsens.

Ganz anders der Klimaschutz, gegen den war nie jemand, im Gegenteil – spätestens seit Merkel sich als Klimakanzlerin feiern ließ, galt er als gesellschaftlicher Mainstream. Gute Ausgangsbedingungen für erfolgreiche Politik, sollte man meinen, doch das Gegenteil findet statt. Eigenartig.

Klimapolitik gibt es nicht

Viele Klimaschützer haben sich in einer politischen Sackgasse verrannt, weil sie Politik in einer selbstgeschaffenen Ersatz-Realität machen statt in der tatsächlichen Realität. Die Vorstellung, man könne mit einem internationalen Klimaschutz-Regime, mit nationalen Klimaschutzprogrammen oder -gesetzen, mit Emissionshandelssystemen und dergleichen die notwendigen Umbaumaßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft erreichen, war von Anfang an vermessen und unrealistisch. Wenn

man ehrlich ist, muss man sogar zugeben: Es gibt eigentlich gar keine Klimapolitik. Sie ist eine Chimäre. Es gibt Energiepolitik, es gibt Verkehrspolitik, es gibt Städtebaupolitik, Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik und so weiter – und alles, was dort passiert, hat Auswirkungen auf unsere Emissionen und damit auf das Klima. Aber eine übergeordnete Klimapolitik als Referenzrahmen, dem sich diese Politikbereiche und ihre mächtigen Akteure unterzuordnen haben? Das kann man sich wünschen, aber es ist nicht die Realität und wird es wohl auch nie sein. Wer von diesem Wunschbild ausgehend seine Politik formuliert, verliert den Anschluss an die Realität.

Veränderung entsteht aus Konflikten

Wer also konkret etwas für den Klimaschutz erreichen will, der sollte nicht noch tiefer in die Scheinrealitäten der Klimaverhandlungen, in die Emissionshandelssysteme und so weiter eintauchen und sollte aufhören, einem vermeintlichen gesellschaftlichen Klimaschutz-Konsens nachzulaufen, den es nie gegeben hat. Er muss stattdessen dort, wo die Emissionen erzeugt werden, die Konfrontation mit denjenigen suchen, die dafür sorgen wollen, dass diese Emissionen auch weiterhin erzeugt werden. Er muss Energiepolitik machen, Verkehrspolitik und so weiter machen und dort die Realitäten ändern – und macht dann tatsächlich im Ergebnis Klimapolitik.

Denn die Welt ist noch nie im Konsens verändert worden, sondern im Konflikt. Der Atomausstieg wurde erkämpft im Konflikt, und damit hat die Anti-Atom-Bewegung erreicht, dass die Politik Angst vor ihr bekam. Vor den Klimaschützern hat aber leider kein Politiker Angst – im Gegenteil. Wer Erfolg haben will, braucht aber ein Druck- und Drohpotenzial. Das haben die Klimaschützer aber nicht. Die Anti-Atom-Bewegung hat Merkel die Zähne gezeigt – Zähne, die die Klimaschützer nicht haben.

Wir haben ja durchaus vieles für den Klimaschutz erreicht, aber sehen wir näher hin: dort,

wo Erfolge für den Klimaschutz erzielt wurden, wurden sie im Konflikt durchgesetzt und nicht im Konsens. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bzw. sein Vorläufer, das Stromeinspeisegesetz, wurde nach Tschernobyl von der Anti-Atom-Bewegung durchgesetzt. Es war die Grundlage für den Siegeszug der erneuerbaren Energien – und dafür, dass die Stromkonzerne heute in die roten Zahlen geraten. Kohlekraftwerksprojekte und Autobahnprojekte wurden von engagierten lokalen Bürgerinitiativen bekämpft und oft genug verhindert, und zwar nicht, weil sie Konflikten aus dem Weg gegangen sind, sondern weil sie konfliktfähig sind.

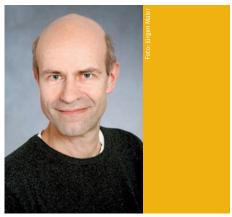
Mehr Mut zum Widerstand

Konfliktfähigkeit ist genau das, was den Klimaschützern heute fehlt – das muss sich ändern. Und es ändert sich. Inzwischen häufen sich direkte Aktionen junger Menschen gegen Braunkohleabbau, anfangs skeptisch beäugt von den etablierten NROs. Aktionen zivilen Ungehorsams wie "Ende Gelände" im August 2015 werden heute auch von vielen NROs politisch mit unterstützt. Kampagnen zum Desinvestment in den Kohlesektor breiten sich weltweit aus und bringen die Kohleindustrie finanziell zunehmend in die Klemme. Solche Kampagnen setzen ausdrücklich nicht auf Konsens und brauchen keinen Pariser Klimavertrag mit schwachen Zielen.

Aber Klimaschutz ist mehr als Kohle-Widerstand. In anderen Bereichen kann noch viel mehr getan werden. Beispielsweise im Verkehrssektor, wo die Emissionen immer noch am schnellsten wachsen. Die Ausgangsbedingungen für eine andere Politik sind eigentlich gut: Das Auto hat als Statussymbol ausgedient, seine Kultorganisation ADAC ist schwer beschädigt, seit Jahren gibt es Umfragen mit Mehrheiten für ein Tempolimit, die Spritpreise machen es für immer mehr Menschen zu einem echten Problem "auf das Auto angewiesen" zu sein. Eine andere Verkehrspolitik wäre angesagt, ist aber nicht in Sicht – auch weil es einfach keine

organisierte Gegenbewegung gibt. Wutbürgerinitiativen gibt es sehr wohl – Stuttgart 21, die Bewegungen gegen Fluglärm, die bei jedem Straßenbauprojekt entstehende Mobilisierung betroffener Anwohner. Aber nichts wird koordiniert. Eine zivilgesellschaftliche Bewegung für mehr städtische Lebensqualität durch weniger Autoverkehr, für mehr ländliche Lebensqualität durch bessere öffentliche Verkehrsmittel hätte bessere Erfolgschancen denn je, jedenfalls solange sie ohne den in Verkehrsfragen immer gefährlichen Verzichts-Duktus geführt würde. Aber dazu muss man sich mit denjenigen anlegen, die dafür sorgen wollen, dass es so bleibt wie es ist. Die heutige Verkehrspolitik ist auch grob unsozial - wer in einer Zeit wachsender sozialer Proteste diese immer wichtiger werdende soziale Dimension ausblendet, wie es Klimaschützer sehr gerne tun, schafft sich selbst unnötige Hindernisse.

Wirksame Maßnahmen für Klimaschutz sind heute kein gesellschaftlicher Konsens, sonst wären sie längst umgesetzt. Sie müssen erkämpft werden. Wenn die Klimabewegung (wieder) lernt, konfliktfähig zu werden, und Alternativen zu einer klimazerstörenden Wirtschaftsweise konkret durchsetzt, kann sie Klimaschutz wieder zu einem Gewinnerthema machen. Die alten Rezepte und Strategien aus der Kyoto-Zeit taugen dafür nicht, und das Pariser Abkommen brauchen wir dafür nicht.



Jürgen Maier studierte Politikwissenschaft und war von 1993 bis 1996 Geschäftsführer der Asienstiftung. Seit 1996 ist er Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung. Das Forum koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung.

Trotz allem notwendig

Zur Wirksamkeit der Weltklimakonferenzen

Von Bernd Pieper

Vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 wird die Weltgemeinschaft in Paris über ein neues globales Klimaabkommen verhandeln. Nach Ansicht nicht weniger Beobachter gilt es bei der 21. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (Conference of the Parties, COP 21) für die 194 Mitgliedstaaten, die letzte Chance der Klimadiplomatie zu nutzen und nach Ansicht des Umweltjournalisten Nick Reimer wird Paris sogar darüber entscheiden, ob globale Herausforderungen auf demokratischem Wege gelöst werden können.

Die Weltklimakonferenzen wurden und werden heftig kritisiert - als folgenloses Palaver und Gefeilsche, das lediglich den Interessen

der reichen und mächtigen Nationen diene und höchstens dafür sorge, dass noch viel mehr CO2 sinnlos in die Atmosphäre geblasen wird. Die globalen Treibhausgasemissionen steigen jährlich weiter an, und wenn man anerkennt, dass der anthropogene Klimawandel eine Realität ist, die unsere Lebensgrundlagen massiv bedroht, erscheinen die Resultate der bisherigen Konferenzen unzureichend. Doch ist das

Auf den ersten Blick muss man diese Frage mit Ja beantworten. Zu sehr ähnelt die Abfolge der Konferenzen einem selbstreferentiellen System: Im Vorfeld werden große Erwartungen aufgebaut, die im Verlauf der Verhandlungen

sukzessive nach unten geschraubt werden. Am Ende bedarf es dann oft einer resoluten Konferenzleitung, angehaltener Uhren oder endloser Nachtsitzungen, bis es zu einem Minimalkompromiss kommt, der von den Politikern als Erfolg, von den NROs hingegen als ungenügend bewertet wird. Und welche Wirkung soll ein globales Klimaregime entfalten, dem sich die USA bislang verweigern und aus dem große Emittenten wie Kanada oder Australien, je nach politischer Lage daheim, aussteigen?

Die beteiligten Staaten haben allesamt unterschiedliche Voraussetzungen, Interessen und Möglichkeiten. Dadurch wird der Versuch, ein globales Problem durch einen globalen Kon-

1992 wird die Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro ins Leben gerufen. Das internationale Klimaschutzabkommen mit dem Ziel, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern, tritt zwei Jahre später in Kraft.

COP₁

März/April 1995 | Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl kündigt an, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 senken wird. Mit dem "Berliner Mandat" wird der Auftrag verabschiedet, bis zur 3. Vertragsstaatenkonferenz ein rechtlich verbindliches Klimaabkommen zu erarbeiten.

COP₃

Dezember 1997 | Kyoto

Das Kyoto-Protokoll verpflichtet die im Anhang 1 genannten 41 Industriestaaten, ihre Emissionen von 2008 bis 2012 um 5,2 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

COP 5

Oktober/November 1999 | Bonn

Die Vertragsstaaten diskutieren über die wirksame Kontrolle der Einhaltung von Verpflichtungen und die konkrete Ausgestaltung der Kvoto-Mechanismen.

COP 7

Oktober/November 2001 Marrakesch

Die "Marrakesh Accords" legen die Details zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls fest. 119 Staaten ratifizieren das Protokoll. Allerdings setzen diese Staaten nur 47 Prozent der globalen Treibhausgase frei - um das Kvoto-Protokoll in Kraft zu setzen, müssen die beteiligten Staaten für mindestens 55 Prozent verantwortlich sein

Dezember 2003 | Mailand

Vereinbarungen zum Clean Development Mechanism sowie zu den Regeln für Aufforstungsprojekte in Entwicklungsländern sorgen dafür, dass auch Russland zustimmt. Das Kyoto-Protokoll tritt am 16. Februar 2005 in Kraft.

1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003

COP 2

Juli 1996 | Genf

Die Konferenz billigt den kurz zuvor erschienenen zweiten Sachstandsbericht des Weltklimarates, in dem verbindliche Reduktionsziele empfohlen werden. Diese werden von Russland. Australien und den OPEC-Staaten abgelehnt.

COP 4

November 1998 | Buenos Aires

Der "Buenos Aires Plan of Action" wird verabschiedet. Danach sollen das Kyoto-Protokoll bis zur COP 6 konkretisiert und die offenen Fragen – etwa der Finanzierung des Technologietransfers in ärmere Länder – beantwortet werden.

COP 6

November 2000 | Den Haag Die Konferenz wird ohne Ergebnis

vertagt. Iuli 2001 | Bonn

Die USA steigen aus dem Kyoto-Protokoll aus. Die anderen Vertragsstaaten einigen sich auf den "Bonner Beschluss" und schaffen so die Voraussetzungen für die Ratifikation und Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

COP8

Oktober/November 2002 Neu-Delhi

Keine wichtigen Ergebnisse, es geht hauptsächlich um Details auf Arbeitsebene

COP 10

Dezember 2004 | Buenos Aires Die Vertragsstaaten können sich

nicht auf finanzielle Hilfen für ärmere Staaten zur Klimafolgenanpassung einigen.

sens zu lösen, zwar nicht unmöglich gemacht, führt aber zwangsläufig dazu, dass notwendige Maßnahmen bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden. Und selbst relativ homogene Staatengemeinschaften wie die EU enden bei der Formulierung von Klimaschutzzielen regelmäßig beim kleinsten gemeinsamen Nenner.

Viele Beobachter sehen den Zwang zum Konsens in der internationalen Klimadiplomatie als Hindernis für echte Fortschritte beim Klimaschutz. Auch in Deutschland wurde seitens der Politik die Idee geäußert, man solle sich beim Klimaschutz doch besser gleichgesinnte Partner suchen und mit denen zusammenarbeiten. Bilateralen Initiativen, wie die der beiden weltgrößten Treibhausgasemittenten China und USA, die sich 2014 auf eine deutliche Reduzierung ihrer künftigen Emissionen verständigt haben, wird daher eine immer größere Wirksamkeit beigemessen.

Dennoch sollte man die Bedeutung der Weltklimakonferenzen nicht unterschätzen. Das belegt unter anderem ein Blick auf Deutschland: Auf dem ersten Klimagipfel 1995 in Berlin formulierte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ein ehrgeiziges Klimaschutzziel, das zur Richtschnur für – sicher unzureichende – Selbstverpflichtungen der Industrie wurde. Die Ziele von Kyoto wurden in Deutschland rasch gesellschaftlicher Konsens, auch weil die intelligenteren Wirtschaftsakteure darin ökonomische Zukunftschancen sahen. Dass die Umsetzung dieser Klimaschutzziele durch eine ambitionierte Energiewende ins Stocken geraten ist, spricht nicht gegen ein globales Klimaregime.

Eine wirksame Klimaschutzpolitik braucht viele Elemente: bi- oder multilaterale Initiativen, die ein Beispiel geben und Skeptiker mitreißen können; konsequente nationale Politik

(siehe dazu den Beitrag von Jürgen Maier), die sich auf zentrale Themen wie Energie und Verkehr konzentriert; den massiven Einsatz von NROs; aber eben auch Weltklimakonferenzen für das Bemühen um einen weltweit gültigen Orientierungsrahmen, als permanenter globaler Weckruf und nicht zuletzt als Forum für jene kleinen Staaten, die als erste vom Klimawandel betroffen sein werden und die wir sonst allzu gerne überhören.

Buchtipp:

 Nick Reimer:
 Schlusskonferenz.
 Geschichte und Zukunft der Klimadiplomatie.
 München 2015



COP 11

November/Dezember 2005 Montreal

Der "Montrealer Aktionsplan" beinhaltet lediglich, dass weiter über Maßnahmen zum Klimaschutz gesprochen werden soll. Erstmals findet parallel zur COP eine Konferenz der Staaten statt, die das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben (CMP).

COP 13

Dezember 2007 | Bali

Der "Bali Action Plan" gibt vor, dass die Vertragsstaaten über die Fortsetzung des Klimaregimes nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls verhandeln. Dafür wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zur COP 17 in Durban Ergebnisse liefern soll.

COP 15

Dezember 2009 | Kopenhagen

Eine Gruppe von Staats- und Regierungschefs erarbeitet den "Copenhagen Accord" mit Kernelementen der künftigen internationalen Klimapolitik. Dieser Text wird "zur Kenntnis genommen". Während der COP 15 demonstrieren mehr als 100.000 Menschen in Kopenhagen für den Klimaschutz.

COP 17

November/Dezember 2011

Das Kyoto-Protokoll soll in einer zweiten Verpflichtungsperiode ab 2013 weitergeführt werden. 2012 sollen die Verhandlungen über ein alle Staaten einschließendes rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen beginnen.

COP 19

November 2013 | Warschau

Die Konferenzteilnehmer verständigen sich auf einen Fahrplan für ein neues Klimaabkommen, auf Eckpunkte zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und auf Regeln für den Waldschutz. Eine neu installierte Arbeitsgruppe soll sich künftig mit klimawandelbedingten Verlusten und Schäden befassen.

2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014

COP 12

Dezember 2006 | Nairobi

Ein Verhandlungszeitplan über die Phase nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls wird vereinbart, ebenso ein Klimafolgen-Anpassungsfonds für ärmere Länder. Der ehemalige Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern präsentiert seinen Report, der eindringlich vor den ökonomischen Folgen des Klimawandels warnt.

COP 14

Dezember 2008 | Poznan

Eine Arbeitskonferenz, auf der zentrale Elemente des zukünftigen Klimaschutzregimes erörtert werden und die Staaten ihre Positionen präsentieren.

COP 16

November/Dezember 2010

Die teilnehmenden Staaten erkennen im "Cancún Agreement" das Zwei-Grad-Ziel offiziell an. Über den "Green Climate Fonds" sollen ab 2020 Mittel zur Klimafolgen-Anpassung in die Entwicklungsländer fließen

COP 18

November/Dezember 2012 | Doha

Die EU-Staaten, Norwegen, Island, Liechtenstein, Monaco, Kroatien, die Schweiz, Ukraine, Weißrussland, Kasachstan und Australien vereinbaren eine rechtlich bindende achtjährige Verpflichtungsperiode. Da Kanada, Russland, Japan und Neuseeland nicht mitmachen, werden durch den Vertrag bestenfalls 13 Prozent aller weltweit produzierten Treibhausgase reduziert.

COP 20

Dezember 2014 | Lima

Ein vierseitiger, weitgehend unverbindlicher Vertragsentwurf soll die Grundlage für das künftige Paris-Abkommen bilden. Betont werden die gemeinsame Verantwortung, aber auch die unterschiedlichen Voraussetzungen der Vertragsstaaten für den Klimaschutz.